

Attac Heidenheim

heidenheim@attac.de



MdEP Frau Dr.
Inge Grässle

Grabenstr. 24
89522 Heidenheim

07.04.2014
Offener Brief mit Anfrage zum TTIP

Sehr geehrte Frau Dr. Grässle,

seit etlichen Monaten schon finden im Auftrag der Europäischen Union Verhandlungen mit den USA statt, um ein gemeinsames Handelsabkommen zu etablieren ('Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP'). Als offizielles Ziel wird der Abbau von Handelshemmnissen und Zöllen kommuniziert, letztlich in der erklärten Hoffnung, Wachstum und Beschäftigung in beiden Regionen zu stärken.

Tatsächlich jedoch ist der bisherige Verlauf dieser Verhandlungen in mancherlei Hinsicht besorgniserregend.

Inakzeptabel ist zunächst einmal der Umstand, dass diese Verhandlungen einer strengen Geheimhaltung unterliegen. Die USA haben untersagt, dass die EU-Kommission die Verhandlungsdokumente an die BRD, also die gewählten Vertreter unseres Landes weiterleitet. Ebenso erhält der US-Kongreß die EU-Texte nicht und kann die eigenen US-Texte nur in einem Leseraum einsehen. Wer jedoch vollen Zugang zu den Verhandlungen hat, das sind die Vertreter der transnationalen Großkonzerne, welche den Vertrag wohl wesentlich mitgestalten können. Von den bisherigen 130 Treffen mit Interessensvertretern fanden 93% mit Großkonzernen und ihren Lobbygruppen statt. Hingegen erhalten die demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter beiderseits des Atlantiks relevante Informationen gar nicht, zu spät oder mittels heimlich herausgeschmuggelter ('geleakter') Unterlagen.

Wir sehen darin eine Verhöhnung parlamentarischer demokratischer Grundprinzipien und fragen Sie: welchen Widerstand dagegen gibt es Ihrerseits und seitens Ihrer parlamentarischen Kolleginnen und Kollegen?

Inhaltlich ist zu befürchten, dass die Ausgestaltung des Vertragswerks von Konzerninteressen dominiert wird, wogegen die Umwelt- und Sozialstandards einzelner Länder hintangestellt werden. Auch der länderspezifische Verbraucherschutz würde auf der Strecke bleiben (Stichworte Genmais und gechlortes Hühnerfleisch). Falls einzelne bestehende länderspezifische Standards von einem Konzern als Investitionshindernis gesehen werden, dann kann dieses souveräne Land auf Schadensersatz verklagt werden. Beispiele dafür gibt es bereits: Der Tabakkonzern Philip Morris klagt gegen Australien, Vattenfall klagt gegen die BRD, der Bergbaukonzern Lone Pine verklagt Kanada.

Diese Verfahren finden nicht vor einem ordentlichen Gericht statt, sondern im Rahmen einer 'privaten Schiedsstelle'. Diese Schiedsstelle besteht nicht aus Richtern, sondern sie besteht aus 3 Wirtschaftsanwälten. Diese Verfahren finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit in irgendwelchen Hotels statt. Sie sind völlig intransparent, aber dennoch mit enormen Kosten für einen Staat, also dessen Steuerzahler, verbunden. 70% der so getroffenen Entscheidungen gingen -welch Wunder- zugunsten der Industrie aus. Die Urteile sind absolut bindend, und eine Berufung dagegen ist nicht zulässig.

Nach vielen Jahren mühsam erkämpfter demokratischer Prinzipien haben es die Bürger nicht verdient (weder in der BRD noch in der EU als ganzem), dass sie einer intransparenten Scheingerichtsbarkeit unterworfen werden, einer 'Schattenjustiz im Namen des Geldes' (Die Zeit, 10.03.2014).

Daher möchten wir Sie auffordern, im Rahmen Ihres Mandats alles Gebotene zu unternehmen, damit demokratische Prinzipien und Verfahren nicht beseitigt werden. Die Verhandlungen zum TTIP müssen sofort abgebrochen werden.

Bitte teilen Sie uns (und der Heidenheimer Öffentlichkeit) mit, welche Anstrengungen Sie als unsere Abgeordnete in dieser Angelegenheit in letzter Zeit unternommen haben, und wie Ihre Position und Ihre Vorhaben dazu aussehen.

Für Ihre Mühe bedanken wir uns und verbleiben
mit freundlichen Grüßen

attac-Gruppe Heidenheim

PS: Weil die geschilderte Problematik von allgemeinem Interesse ist, werden wir uns erlauben, in den nächsten Tagen die obige Anfrage über die Heidenheimer Presse öffentlich zu machen.